



THEMEN DER WOCHE

Mainz, 11. September 2020

Nr. 17/147

1. **Ausbau der erneuerbaren Energien für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz**
2. **Verkehrssicherheit auf rheinland-pfälzischen Straßen**
3. **Lernort Bauernhof**
4. **Straftaten im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich erfolgreich bekämpfen**
5. **Dreizehnter Energiebericht der Landesregierung**

1. Ausbau der erneuerbaren Energien für ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Drs. 17/12762](#) –

Da bis Ende 2022 die letzten noch laufenden Kernkraftwerke in Deutschland abgeschaltet werden und auch die Kohleverstromung in Deutschland bis spätestens 2038 beendet werden soll, ist ein konsequenter und rascher **Ausbau der Erzeugungskapazitäten der erneuerbaren Energien** energiepolitisch unabdingbar. Dies bekräftigt die Landesregierung in ihrer Antwort auf die Große Anfrage. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung sei in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017 auf ca. 48 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 1990 habe sich die aus erneuerbaren Energien erzeugte Strommenge in 2017 sogar mehr als verzehnfacht. Einen wesentlichen Anteil daran habe insbesondere der **Ausbau der Windenergie** sowie der **Photovoltaik**. Aber auch die **Bioenergie** und die **Wasserkraft** würden verlässlich zur regenerativen Stromerzeugung beitragen.

Rheinland-Pfalz habe sich auf seinem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 das energie- und klimaschutzpolitische Ziel gesetzt, den eigenen Strombedarf bis zum Jahr 2030 bilanziell vollständig aus regenerativen Quellen zu decken. Insbesondere erlaube die Verwendung von CO₂-frei erzeugtem „**grünem Wasserstoff**“ den weitgehenden Verzicht auf den Import fossiler Energieträger zugunsten der Nutzung heimischer regenerativer Energiequellen.

Die Landesregierung werde dafür Sorge tragen, dass so viele Mittel wie möglich auch aus dem Bundeskonjunkturprogramm in Zukunftsprojekte in Rheinland-Pfalz fließen. Dies gelte insbesondere auch für die Umsetzung der **nationalen Wasserstoffstrategie** und eine **moderne Energieinfrastruktur** auf Basis erneuerbarer Energien.

2. Verkehrssicherheit auf rheinland-pfälzischen Straßen

Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion der CDU

– [Drs. 17/12866](#) –

Die Zahl der durch Verkehrsunfälle ums Leben gekommenen Personen ist im Mehrjahresvergleich kontinuierlich zurückgegangen, teilt die Landesregierung mit. Sie werde auch künftig Maßnahmen mit dem Ziel durchführen, die Anzahl der schweren Verkehrsunfälle zu senken.

Hierzu zählten die **Verkehrskontrollen der Polizei**, die anlassunabhängig oder anlassbezogen mit spezifischer Zielrichtung (z.B. zum Erkennen von Alkohol- oder Rauschmittelkonsum) durchgeführt würden. Auch die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge sowie die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit würden durch die Polizei kontrolliert.

Die Anzahl der von der Polizei registrierten **Verkehrsunfälle** mit Getöteten unter Beteiligung von Pkw sind von 137 im Jahr 2015 auf 112 im Jahr 2019 zurückgegangen. Auch die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Schwerverletzten (2 260 im Jahr 2015 auf 2 199 im Jahr 2019) sowie Unfälle mit Leichtverletzten (10 198 im Jahr 2015 auf 9 526 im Jahr 2019) sind gesunken.

Eine Überschreitung der zulässigen Geschwindigkeiten sowie die mangelnde Anpassung der Geschwindigkeit an die jeweilige Situation stelle eine der **Hauptunfallursachen** dar. Die Verkehrsunfälle mit der Unfallursache „**Geschwindigkeit**“ hätten aber in den vergangenen Jahren abgenommen.

3. Lernort Bauernhof

Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage

„Lernort Bauernhof“ wird seit mehr als zehn Jahren als gemeinsame Maßnahme der rheinland-pfälzischen Ressorts für Bildung, Landwirtschaft sowie Umwelt organisiert und

– [Drs. 17/12661](#) –

gefördert. Die Landesregierung betont, dass der landwirtschaftliche Berufsstand von Beginn an Partner in diesem besonderen Projekt gewesen ist.

An der Maßnahme „Lernort Bauernhof“ beteiligten sich derzeit **66 landwirtschaftliche Betriebe**. Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen würden auf dem Bauernhof die Herkunft ihrer Lebensmittel erkunden und die bäuerliche Arbeits- und Lebenswelt entdecken. Außerdem erführen sie viel über ökologische, ökonomische und soziale Zusammenhänge und Wirtschaftskreisläufe.

Eine externe Auswertung habe ergeben, dass die überwiegende Zahl der **Schülerinnen und Schüler** ihre Besuche auf dem Bauernhof als **sehr positiv** empfanden. Nur etwa 5 Prozent seien nicht zufrieden gewesen. Auch die Rückmeldungen der Lehrkräfte seien laut der Untersuchung durchgehend positiv ausgefallen. Das Bewegen, Erkunden und Erleben mit allen Sinnen seien von ihrer Seite als methodisch besonders wertvoll bewertet worden.

4. Straftaten im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich erfolgreich bekämpfen

Antwort der Landesregierung
auf eine Kleine Anfrage

– [Drs. 17/12699](#) –

Seit Inkrafttreten der Novellierung des Landeskreislaufwirtschaftsgesetzes (LKrWG) ist neben der Abfallbehörde auch die **Polizei** zur Überwachung abfallrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Straßen- und Schiffsverkehr befugt. Die Landesregierung verdeutlicht, dass die Befugnis der Polizei neben eine unverändert fortbestehende Befugnis der zuständigen Abfallbehörde getreten ist.

Zur Gewährleistung der täglichen Aufgabenwahrnehmung verfügten die Fachkommissariate in den einzelnen Polizeipräsidien über eine **spezielle Ausstattung**. Sofern im Einzelfall eine darüber hinausgehende technische Ausrüstung erforderlich würde, unterstütze das Dezernat Umweltkriminalität des LKA die örtlichen Fachkommissariate.

Zudem bestünden in Rheinland-Pfalz **umfangreiche Netzwerkstrukturen** für eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Kontrolleinrichtungen und nicht staatlichen Akteuren im Umwelt- und Verbraucherschutzbereich.

5. Dreizehnter Energiebericht der Landesregierung

Unterrichtung durch die Landesregierung
– [Drs. 17/12718](#) –

Der Energiebericht der Landesregierung wird im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages zur Unterrichtung der Öffentlichkeit im zweijährigen Turnus erstellt. Der vorliegende 13. Energiebericht umfasst die **Bilanzjahre 2016 und 2017**.

Der Anteil der Erneuerbaren Energien an der **Stromerzeugung** sei im Jahr 2017 auf ca. 48 Prozent gestiegen, führt das fachlich zuständige Ministerium aus. Im Vergleich zum Jahr 1990 habe sich die regenerativ erzeugte Strommenge in 2017 sogar mehr als verzehnfacht. Der Anteil des Strombezugs aus anderen Bundesländern am Stromverbrauch habe sich zugleich von über 70 Prozent im Jahr 2000 auf nur noch ca. 29 Prozent im Jahr 2017 verringert. Dieser Wandel vom Stromimportland hin zum Stromerzeugerland habe durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter fortgesetzt werden können.

Regenerative Energiequellen leisteten auch einen wichtigen Beitrag zur klimaschonenden **Wärme- und Kälteerzeugung** im Land. Im Jahr 2017 habe der Anteil der erneuerbaren Energie am Bruttoendenergieverbrauch im Bereich Wärme und Kälte bereits ca. 11 Prozent betragen, im Jahr 2005 habe dieser Anteil unter 3 Prozent gelegen.

Das **Erneuerbare-Energien-Gesetz** (EEG) setze in der aktuellen Ausgestaltung allerdings keine ausreichenden Anreize mehr für den schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien. Hier sei der Bundesgesetzgeber gefordert, die bestehenden rechtlichen Hemmnisse insbesondere beim Ausbau der Solarenergie (Solardeckel), Windenergie und Bioenergie zeitnah zu beseitigen.

Der vorliegende Bericht gebe einen umfassenden Überblick über den erreichten Stand der Energiewende in Rheinland-Pfalz und über die im Land erzielten Minderungen an energie- und prozessbedingten Treibhausgasemissionen.